



Empf. 25.10.2017

## Caren Marks MdB

Wahlkreis Hannover-Land I  
Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin  
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

1/57.7/2  
rr.  
26/190

Caren Marks MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Herrn Erster Stadtrat  
Lutz Philipps  
Stadt Burgdorf

31300 Burgdorf

### Bundestagsbüro

Platz der Republik  
11011 Berlin  
☎ (030) 227-75545  
☎ (030) 227-76181  
✉ caren.marks@bundestag.de  
🌐 www.caren-marks.de  
🌐 www.facebook.com/caren.marks

### Wahlkreisbüro

Odeonstr. 15/16  
30159 Hannover  
☎ (0511) 1674-283  
☎ (0511) 15707  
✉ caren.marks.wk@bundestag.de

Berlin, 23. Oktober 2017  
(an)

### Ihr Schreiben zur Resolution des Rates der Stadt Burgdorf zur finanziellen Ausstattung der Kommunen am Beispiel der frühkindlichen Bildung

Sehr geehrter Herr Philipps,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 5. Oktober 2017 sowie die Zusendung der Resolution.

Die Kommunen sind der unmittelbare Lebensraum der Menschen. Ihre Finanzausstattung beeinflusst maßgeblich Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. Auch als langjährige Kommunalpolitikerin weiß ich um ihre Bedeutung. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte sich bereits vor Beginn dieser Legislaturperiode vorgenommen, die finanziellen Rahmenbedingungen in den Kommunen erheblich zu verbessern. Die Umsetzung dieses Ziels war für uns in der gesamten 18. Wahlperiode ein Kernanliegen. Früh haben wir durchgesetzt, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte Entlastung zeitnah erfolgt.

Gute Bildung und Betreuung sicherzustellen, ist die gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Um die Länder und Kommunen zu entlasten hat der Bund Verantwortung übernommen und in den letzten Jahren bereits massiv in den Ausbau und die Qualität der Kindertagesbetreuung investiert:

Durch das Sondervermögen "Kinderbetreuungs-ausbau" werden mit insgesamt vier Investitionsprogrammen "Kinderbetreuungsfinanzierung" zwischen 2008 und 2020 mehr als 4,4 Milliarden Euro in den Ausbau investiert. Allein mit dem vierten dieser Investitionsprogramme werden mit Bundesmitteln von mehr als einer Milliarde Euro ab 2017 bis zu 100.000 zusätzliche Plätze in Kitas und Kindertagespflege geschaffen. Unser Bundesland Niedersachsen ruft die zu Verfügung gestellten Mittel sehr gut ab.

Seit vielen Jahren unterstützt der Bund die Länder zudem bei der Finanzierung der Betriebskosten. Seit 2015 liegt die Summe jährlich bei 845 Millionen Euro. In den Jahren 2017 sowie 2018 erhöht der Bund diese Unterstützung jeweils noch einmal um 100



## Caren Marks MdB

Wahlkreis Hannover-Land I  
Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin  
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

---

Millionen Euro. Insgesamt führt dies zu Betriebskostenzuschüssen von 6,26 Milliarden Euro von 2009 bis 2018.

Auch freigewordene Mittel durch den Wegfall des Betreuungsgeldes von rund 2 Milliarden Euro werden den Ländern von 2016 bis 2018 für die Förderung der Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt.

Mit den Bundesprogrammen „Sprach-Kitas“, „KitaPlus“ und „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“ fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, in dem ich Parlamentarische Staatssekretärin bin, darüber hinaus die Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung. Das Land Niedersachsen und zahlreiche niedersächsische Kommunen profitieren von diesen Programmen.

Die Qualität der Kindertagesbetreuung hat sich im Zuge des Ausbaus nicht verschlechtert - so konnten die Personalschlüssel zum Teil verbessert und die Qualifikation der Fachkräfte konstant gehalten werden. Dennoch besteht ein Weiterentwicklungsbedarf, um das Potenzial guter Kindertagesbetreuung voll ausschöpfen zu können.

Mehr Fachkräfte, starke Kitaleitungen, eine weiter entwickelte Kindertagespflege, Inklusion und Gebührenfreiheit gehören zu den Qualitätszielen, die Bund und Länder auf der Grundlage eines Qualitätsentwicklungsgesetzes umsetzen wollen. Dafür haben sie am 19. Mai 2017 auf der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) in Quedlinburg entsprechende Eckpunkte festgelegt und mit großer Mehrheit beschlossen.

Das Qualitätsentwicklungsgesetz soll die unterschiedlichen Stärken und Entwicklungsbedarfe der Länder berücksichtigen. Jedes Land soll dabei aus einer Palette von Qualitätsmaßnahmen die jeweils geeigneten Maßnahmen auswählen können. Auch hierfür sollen Bundesmittel bereitgestellt werden. Darüber hinaus kann der Bund mit jedem Land individuelle Zielvereinbarungen schließen.

Wie auch Sie richtig feststellen, zeigen die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes, dass immer mehr Eltern sich gute frühkindliche Bildung und Betreuung wünschen: Zum 1. März 2017 wurden rund 763.000 Kinder unter drei Jahren in einer Kita oder Kindertagespflege betreut. Damit ist ein neuer Spitzenwert erreicht.

Um diese weiter steigenden Bedarfe zu decken, muss der Bund aus Sicht der SPD noch mehr Verantwortung übernehmen, auch bezüglich der finanziellen Unterstützung bei Investitions- und Betriebskosten. Besonders vor dem Hintergrund der SPD-Forderung nach einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von der Kita bis zum Ende der Grundschule, braucht es mehr Personal in den Einrichtungen, gestärkte Kitaleitungen und passgenaue bzw. bedarfsgerechte Öffnungszeiten. Das hilft Kindern und Eltern gleichermaßen und ist Voraussetzung dafür, dass 700.000 Beschäftigte gute Bedingungen für ihre wichtige Arbeit vorfinden.



## Caren Marks MdB

Wahlkreis Hannover-Land I  
Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin  
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

---

Bundesfamilienministerin Dr. Katarina Barley hat deutlich gemacht, dass sich ein bedarfsgerechter Ausbau der Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen nur mit massiven Investitionen, an denen sich auch der Bund beteiligen muss, bewältigen lasse. Der Bedarf ist riesig: Derzeit gibt es 555.000 Kinder in der Grundschule, denen entweder gar keine Ganztagsbetreuung zur Verfügung steht oder für die die Betreuungszeiten nicht ausreichen.

Die SPD wird sich daher auch in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die Kommunen bei der Bewältigung dieser wichtigen Aufgaben nicht alleine gelassen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Caren Marks MdB